



# AMTSBLATT

für den Kreis Borken

Herausgeber: Der Landrat des Kreises Borken

Jahrgang: 51  
Ausgabe: 48/2025  
Datum: 23.12.2025

Datum	Inhalt	Seite
19.12.2025	Bekanntmachung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Borken vom 19.12.2025	1 - 10
19.12.2025	Benachrichtigung über eine öffentliche Zustellung	10
11.12.2025; 11.12.2025; 15.12.2025	Kraftloserklärungen der Sparkasse Westmünsterland	11

## **Allgemeine Gebührensatzung des Kreises Borken vom 19.12.2025**

Aufgrund des § 5 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.07.2025 (GV. NRW. S. 618), der §§ 1, 2, 4, 5 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.02.2024 (GV. NRW. S. 155), § 2 Abs. 3 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 23.08.1999 (GV. NRW. S. 524), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.07.2025 (GV. NRW. S. 633), und des § 19a des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23.09.1995 (GV. NRW. S. 1028), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.12.2024 (GV. NRW. S. 1184), hat der Kreistag des Kreises Borken am 18.12.2025 folgende Allgemeine Gebührensatzung beschlossen:

### **§ 1**

#### **Gegenstand der Gebühr**

- (1) Gegenstand dieser Gebührensatzung sind die Kosten (Gebühren und Auslagen), die als Gegenleistung erhoben werden für
  - a) besondere Leistungen der Verwaltung, die von Gebührenpflichtigen beantragt worden sind oder sie unmittelbar begünstigen (Verwaltungsgebühren),
  - b) die Inanspruchnahme von öffentlichen Einrichtungen und Anlagen, die überwiegend dem Vorteil einzelner Personen oder Personengruppen dienen (Benutzungsgebühren),
  - c) die Einräumung von Sondernutzungen, insbesondere an Kreisstraßen, sofern sie nicht landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder öffentlich-rechtlichen Belangen dienen (Sondernutzungsgebühren).
- (2) Diese Gebührensatzung findet nur Anwendung, soweit nicht andere Gebührenregelungen gelten.

### **§ 2**

#### **Gebührenbemessung**

- (1) Die Höhe der Gebühr richtet sich nach dem anliegenden Gebührentarif. Bei mehreren gebührenpflichtigen Leistungen entstehen die Gebühren einzeln nach den jeweiligen Tarifstellen des Gebührentarifs.
- (2) Sind Rahmensätze für Gebühren vorgesehen, so sind bei der Festsetzung der Gebühr im Einzelfall zu berücksichtigen

Das Amtsblatt für den Kreis Borken ist über den Internetauftritt des Kreises Borken ([www.kreis-borken.de](http://www.kreis-borken.de)) abrufbar.

Das Amtsblatt kann auch laufend per Newsletter bezogen werden. Dieses Angebot ist kostenlos.

Anforderungen richten Sie bitte an die Kreisverwaltung Borken - Stabsstelle -, Burloer Straße 93, 46325 Borken, Telefon: 02861/681-2425, Fax: 02861/681-82-2425, E-Mail: [amtsblatt@kreis-borken.de](mailto:amtsblatt@kreis-borken.de)

- a) der mit der Amtshandlung verbundene Verwaltungsaufwand, soweit Aufwendungen nicht als Auslagen gesondert berechnet werden, und
- b) die Bedeutung, der wirtschaftliche Wert oder der sonstige Nutzen der Amtshandlung für die Gebührenschuldner sowie auf Antrag deren wirtschaftliche Verhältnisse.

Einem durchschnittlichen Verwaltungsaufwand ist eine mittlere Gebühr zuzuordnen. Bei höherem oder geringerem tatsächlichen Verwaltungsaufwand werden Zu- bzw. Abschläge vorgenommen und letztlich die in Satz 1 Buchstabe b) genannten Aspekte erhöhend oder ermäßigend berücksichtigt.

Sofern ein Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften vorschreibt, dass eine Gebühr nicht den Verwaltungsaufwand übersteigen darf, findet in seinem Anwendungsbereich Satz 1 Buchstabe b) keine Anwendung.

- (3) Ist eine Gebühr nach dem Wert des Gegenstands zu berechnen, so ist der Wert zum Zeitpunkt der Beendigung der Amtshandlung maßgebend, soweit die Gebührensatzung nichts Anderes bestimmt.
- (4) Auf Antrag können für einen im Voraus bestimmbaren Zeitraum von bis zu einem Jahr Pauschalgebühren erhoben werden, wenn mehrfach gleichartige Amtshandlungen für dieselbe Person vorgenommen werden. Ist zu erwarten, dass die Pauschalgebühr den Verwaltungsaufwand verringert, so ist dies bei der Bemessung des Gebührensatzes zu berücksichtigen.
- (5) Bei den im Gebührentarif aufgeführten Beträgen handelt es sich um Nettobeträge (ohne Umsatzsteuer). Soweit Gebühren einzelner Tarifstellen der Umsatzsteuer unterliegen, wird diese den betroffenen Personen zusätzlich auferlegt und der anzuwendende Steuersatz sowie der auf die Gebühr entfallende Steuerbetrag gesondert ausgewiesen.  
Die Umsatzsteuer ist dem Kostenschuldner zusammen mit den Kosten in Rechnung zu stellen.
- (6) Falls anstelle einer Gebühr ein privatrechtliches Entgelt zu erheben ist, ist diese Gebührensatzung analog anzuwenden.
- (7) Von der Möglichkeit des § 13 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen, Kleinstbeträge nicht geltend zu machen, wird Gebrauch gemacht, soweit es sich nicht um Barzahlungen handelt.

### **§ 3 Gebührenpflichtige**

- (1) Gebührenpflichtig sind in den Fällen der
  - a) Verwaltungsgebühren die antragstellende Person oder die Person oder Personengruppe, zu deren Gunsten die Verwaltungsleistung vorgenommen wird,
  - b) Benutzungsgebühren die Personen, die die öffentlichen Einrichtungen oder Anlagen benutzen,
  - c) Sondernutzungsgebühren die Erlaubnisnehmenden und ihre Rechtsnachfolgerinnen und – nachfolger oder wer die Sondernutzung ausübt oder in seinem Namen ausüben lässt.
- (2) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

### **§ 4 Gebührengläubiger**

Der Kreis Borken ist Gläubiger für alle gebühren- und kostenpflichtigen Amtshandlungen oder Leistungen, die von seinen Dienststellen wahrgenommen werden.

### **§ 5 Sachliche Gebührenfreiheit**

- (1) Verwaltungsgebühren nach § 1 Buchstabe a) werden nicht erhoben für
  - a) mündliche und einfache schriftliche Auskünfte,
  - b) Leistungen, die der Kreis Borken als Arbeitgeber gegenüber seinen im Dienst oder Ruhestand befindlichen Beschäftigten oder ihren Hinterbliebenen vornimmt,
  - c) Verwaltungsleistungen bei Dienstaufsichtsbeschwerden,
  - d) Verwaltungsleistungen, für die durch Rechtsvorschriften Gebührenfreiheit vorgeschrieben ist,
  - e) Verwaltungsleistungen in Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Sozial- und Jugendhilfe, der Kriegsopferfürsorge, der Unterhaltssicherung, der Ausbildungsförderung, des Schwerbehindertenrechts, des Wehrpflichtgesetzes sowie des Heimkehrgesetzes,
  - f) Handlungen, die die Stundung, die Niederschlagung oder den Erlass von Gebühren betreffen,

- g) Niederschriften über die Erhebung von Widersprüchen,
  - h) Zurückweisungen von Anträgen wegen Unzuständigkeit.
- (2) § 1 Buchstabe b) gilt nicht für Amtshandlungen der Gesundheitsämter.
- (3) Sondernutzungen, die überwiegend im öffentlichen Interesse liegen, sind gebührenfrei.
- (4) Aus Gründen der Billigkeit, insbesondere zur Vermeidung sozialer Härten, können Gebührenermäßigung und Auslagenermäßigung oder Gebührenbefreiung und Auslagenbefreiung vorgesehen und zugelassen werden. Dasselbe gilt für Amtshandlungen, die einem vom Kreis Borken wahrzunehmenden öffentlichen Interesse dienen.

## **§ 6**

### **Persönliche Gebührenfreiheit**

- (1) Im Hinblick auf die Verwaltungsgebühren bestimmt sich die persönliche Gebührenfreiheit nach § 5 Abs. 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.
- (2) Von den Sondernutzungsgebühren sind befreit
- a) die Bundesrepublik Deutschland und die bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, deren Ausgaben ganz oder teilweise auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen aus dem Haushalt des Bundes getragen werden,
  - b) das Land und die juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach dem Haushaltsplan des Landes für Rechnung des Landes verwaltet werden,
  - c) die Gemeinden und Gemeindeverbände, sofern die Amtshandlung nicht ihre wirtschaftlichen Unternehmen trifft, wenn sie nicht berechtigt sind, Dritte mit diesem Betrag zu belasten.

## **§ 7**

### **Auslagen**

- (1) Bare Auslagen, die im Zusammenhang mit Leistungen nach § 1 Buchstabe a) entstehen, sind zu erstatten. Dies gilt auch dann, wenn für die Handlung selbst keine Gebühr zu entrichten ist.
- (2) Erstattungspflichtige Auslagen sind insbesondere:
- a) im Einzelfall besonders hohe Telekommunikations- oder Zustellungskosten oder auch Portokosten für Postversand, wenn die Dokumente digital zur Verfügung stehen und digital versendet, bereitgestellt oder abgerufen werden könnten,
  - b) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
  - c) Kosten für Zeugen und Sachverständige,
  - d) die bei Dienstgeschäften den beteiligten Verwaltungsangehörigen zustehenden Reisekostenvergütungen sowie die Aufwendungen für den Einsatz von Dienstfahrzeugen,
  - e) Kosten der Beförderung oder Verwahrung von Sachen.
- (3) §§ 3 und 4 gelten entsprechend.

## **§ 8**

### **Entstehung und Fälligkeit**

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang beim Kreis Borken, im Übrigen mit Beendigung der gebührenpflichtigen Handlung. Sofern eine Handlung vollständig durch automatische Einrichtungen im Sinne des § 35a des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW oder über ein Verwaltungsportal durchgeführt wird, entsteht die Gebührenschuld abweichend von Satz 1 dem Grunde und der Höhe nach mit der Antragstellung.
- (2) Sondernutzungsgebühren entstehen bei erlaubter wie auch bei unbefugter Sondernutzung mit dem Beginn der Nutzung.
- (3) Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages, im Übrigen mit Beendigung der kostenpflichtigen Amtshandlung.
- (4) Kosten (Gebühren und Auslagen) werden mit Bekanntgabe der Kostenentscheidung an die Kostenschuldner fällig, wenn der Kreis Borken nicht einen anderen Zeitpunkt bestimmt.
- (5) Tätigkeiten, die auf Antrag vorzunehmen sind, können von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses bis zur voraussichtlichen Höhe der Gebühren abhängig gemacht werden.

Wird gegen die gebührenpflichtige Handlung oder die Kostenfestsetzung ein Rechtsmittel eingelegt, so wird dadurch die Fälligkeit der Gebühr nicht berührt. Die aufschiebende Wirkung entfällt gem. § 80 Abs. 2 Satz 1

Nr. 1 VwGO. Die Gebührenpflichtigen sind in den Bescheiden darauf hinzuweisen und über die Möglichkeit der Antragstellung nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO zu belehren.

### § 9

#### **Gebühren bei Ablehnung oder Zurücknahme von Anträgen sowie für Widerspruchsbescheide**

- (1) Wird ein Antrag auf eine gebührenpflichtige Leistung abgelehnt oder vor ihrer Beendigung zurückgenommen, so wird eine Gebühr nach § 5 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen erhoben.
- (2) Für Widerspruchsbescheide wird nur dann eine Gebühr erhoben, wenn der Verwaltungsakt, gegen den der Widerspruch erhoben wird, gebührenpflichtig ist und wenn und soweit der Widerspruch zurückgewiesen wird. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach § 5 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

### § 10

#### **Säumniszuschlag**

Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Gebühren oder Auslagen nicht entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des rückständigen Betrags erhoben werden. Für die Berechnung des Säumniszuschlags wird der rückständige Betrag auf volle 50,00 € abgerundet.

### § 11

#### **Schlussbestimmungen**

Diese Satzung tritt am 01.01.2026 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Allgemeine Gebührensatzung des Kreises Borken vom 13.12.2024 außer Kraft.

#### **Gebührentarif zur Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Borken**

<b>Tarifstelle</b>	<b>Gegenstand</b>
1	Gebühren nach Zeitaufwand
2	Ablichtungen, Ausdrucke
3	Beglaubigungen, Veröffentlichungen
4	Schriftliche Auskünfte, Reise- und Fahrtkosten bzw. sonstige Leistungen der Verwaltung
5	Gutachten
6	Prüfungen
7	Durchführung des Alten- und Pflegegesetzes NRW
8	(derzeit nicht belegt)
9	Sicherheit und Ordnung
10	Vermessung, Bodenordnung
11	Wohnungswesen
12	Sondernutzungen an Kreisstraßen außerhalb von Ortsdurchfahrten

Tarif- stelle	Gegenstand	Gebühr EUR
<b>1</b>	<b>Gebühren nach Zeitaufwand</b>	
	<p>Gebühren, die nach dem Zeitaufwand zu berechnen sind, liegen folgende Stundensätze für den Verwaltungsaufwand zugrunde, sofern nicht spezielle Stundensätze genannt sind. Grundlage für die Stundensätze sind die von der KGSt ermittelten Kosten eines Arbeitsplatzes (Stand 2025/2026).</p> <p>Die im Zusammenhang mit der Behördentätigkeit anfallenden Vorbereitungs-, Fahr-, Warte- und Nachbereitungszeiten werden als Zeitaufwand mitberechnet. Die Auslagen, zum Beispiel Reisekosten, Druck-/Materialkosten, Versandkosten sowie Kosten für Gutachten, soweit diese nicht bereits in die Berechnung der Stundensätze eingeflossen sind, werden gesondert berechnet.</p> <p>Für jede angefangene Arbeitsstunde wird berechnet</p>	
1.1	je Bediensteten (Beamte/Angestellte) der Laufbahngruppe 2 ab dem 2. Einstiegsamt (ehemals höherer Dienst)	110,00
1.2	je Bediensteten (Beamte/Angestellte) der Laufbahngruppe 2 ab dem 1. Einstiegsamt bis unter dem 2. Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst)	76,00
1.3	je Bediensteten (Beamte/Angestellte) der Laufbahngruppe 1 ab dem 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer Dienst)	61,00
<b>2</b>	<b>Ablichtungen, Ausdrücke</b>	
2.1	je DIN <b>A4</b> (je Blatt) von Papiervorlagen <ul style="list-style-type: none"> <li>- einseitig <ul style="list-style-type: none"> <li>o schwarz / weiß</li> <li>o farbig</li> </ul> </li> <li>- zweiseitig <ul style="list-style-type: none"> <li>o schwarz / weiß</li> <li>o farbig</li> </ul> </li> </ul>	0,10 0,20 0,15 0,35
2.2	je DIN <b>A3</b> (je Blatt) von Papiervorlagen <ul style="list-style-type: none"> <li>- einseitig <ul style="list-style-type: none"> <li>o schwarz / weiß</li> <li>o farbig</li> </ul> </li> <li>- zweiseitig <ul style="list-style-type: none"> <li>o schwarz /weiß</li> <li>o farbig</li> </ul> </li> </ul>	0,20 0,40 0,30 0,70
2.3	größere Ablichtungen und Ausdrücke <ul style="list-style-type: none"> <li>- schwarz / weiß</li> <li>- farbig</li> </ul>	auf Anfrage
2.4	Ausdruck von elektronischen Dokumenten (nach Hinweis auf die Möglichkeit der elektronischen Übermittlung; bei Postversand ergänzend Portokosten nach Ziffer 4.4)	Zuschlag von 0,15 je Blatt nach den Ziffern 2.1 bis 2.3
<b>3</b>	<b>Beglaubigungen, Veröffentlichungen</b>	
3.1	<u>Beglaubigungen</u> von Unterschriften, Handzeichen, Abschriften	3,00
3.2	<u>Bescheinigungen</u>	5,00

<b>Tarif- stelle</b>	<b>Gegenstand</b>	<b>Gebühr EUR</b>
3.3	<u>Zeugnisse</u> (z.B. Ursprungszeugnisse)	10,00
3.4	<u>Veröffentlichungen und Bekanntmachungen im Amtsblatt des Kreises Borken</u>	
3.4.1	für eine halbe Seite	10,00
3.4.2	für eine ganze Seite	20,00
<b>4</b>	<b>Schriftliche Auskünfte, Reise- und Fahrtkosten bzw. sonstige Leistungen der Verwaltung</b>	
4.1	<u>Schriftliche Auskünfte</u>  Die Gebühr wird für jede angefangene Viertelstunde Zeitaufwand einer bzw. eines Bediensteten erhoben. Sie richtet sich nach den Stundensätzen der Tarifstelle 1 zuzüglich Auslagen.	
4.2	<u>Reise- und Fahrtkosten</u>  Soweit die Gebührenvorschriften die Erstattung von Auslagen ermöglichen, sind folgende Pauschalbeträge anzuwenden:  für die dem Kreis Borken entstehenden Auslagen (insb. Reisekostenvergütung bzw. Aufwendungen für den Einsatz von Dienstfahrzeugen) 20,00  Bei mehreren Auslagenersatz begründeten Dienstgeschäften in derselben Gemeinde während derselben Dienstreise wird der Pauschalbetrag auf die einzelnen Zahlungspflichtigen unter Aufrundung auf volle Euro aufgeteilt; mindestens jedoch 3,00  Im begründeten Einzelfall kann von der Höhe der Pauschalsätze abgewichen werden.	
4.3	<u>Sonstige Leistungen der Verwaltung</u>	
4.3.1	Soweit nicht eine andere Gebühr oder eine Gebührenfreiheit vorgeschrieben ist, wird für Erlaubnisse, Bescheide, Genehmigungen, Bescheinigungen sowie andere zum unmittelbaren Nutzen der Beteiligten vorgenommene Handlungen eine Gebühr nach Zeitaufwand erhoben. Die Gebühr wird für jede angefangene Viertelstunde Zeitaufwand einer bzw. eines Bediensteten erhoben. Sie richtet sich nach den Stundensätzen der Tarifstelle 1 zuzüglich Auslagen.	
4.3.2	Für terminbezogene Vorbereitungen, insbesondere Ausdrücke (zum Beispiel für schriftliche Prüfungen), die zunächst nicht gebührenpflichtig sind, kann nachträglich eine Gebühr erhoben werden, wenn wegen einer verspäteten oder nicht erfolgten Absage der unnötig gewordene Aufwand bereits entstanden ist. Der Aufwand muss einer einzelnen Person zugerechnet werden können. Es soll vorab ein Hinweis über die Folgen einer nicht fristgemäßen Abmeldung erteilt werden.	Bearbeitungsgebühr 20,00 zuzügl. Aufwendungen
4.4	<u>Aktenversendungspauschale / Portokosten</u>	
4.4.1	Aktenversendung bei Postversand	20,00 inkl. Porto zuzügl. Ziffer 2.4

<b>Tarif- stelle</b>	<b>Gegenstand</b>	<b>Gebühr EUR</b>
4.4.2	Aktenversendung bei elektronischer Übermittlung	15,00
4.4.3	Sonstige Portokosten (Postversand, wenn die Dokumente digital zur Verfügung stehen und digital versendet, bereitgestellt oder abgerufen werden könnten)	5,00 zuzügl. Ziffer 2.4
4.4.4	Sonstige Portokosten (Postversand, wenn die Dokumente digital im Internet abrufbar sind)	10,00 zuzügl. Ziffer 2.4
4.4.5	Die Ziffern 4.4.1 bis 4.4.4 enthalten die reinen Versandkosten. Für individuell zusammengestellte Auszüge aus Schriftstücken oder Dateien sowie sonstige Vor- oder Nachbereitungen wird eine Gebühr nach Zeitaufwand erhoben. Die Gebühr wird für jede angefangene Viertelstunde Zeitaufwand einer bzw. eines Bediensteten erhoben. Sie richtet sich nach den Stundensätzen der Tarifstelle 1 zuzüglich Auslagen.	

## **5 Gutachten**

Bemessungsgrundlage ist der Verkehrswert des Gegenstands, mit dem sich das Gutachten befasst.

Folgende Gebühr ist zu erheben:

- |     |  |       |
|-----|--|-------|
| 5.1 | entweder 2 % der Bemessungsgrundlage, mindestens aber  | 50,00 |
| 5.2 | oder der Zeitaufwand der Inanspruchnahme von Bediensteten des Kreises Borken nach den Stundensätzen der Tarifstelle 1. |       |

Ist die Gebühr zu 5.2 geringer, wird diese erhoben.

## **6 Prüfungen**

- 6.1 Die Gebühr für Prüfungen der Kassen-, Buch- und Betriebsführung von Wasser- und Bodenverbänden, Unternehmen, Einrichtungen, Anstalten, Verbänden, Vereinen, Stiftungen und dergleichen, an denen der Kreis beteiligt oder wegen ihrer Aufgabenerfüllung interessiert ist, wird in der Regel nach dem tatsächlichen Zeitaufwand bemessen. Die Stundensätze sind der Tarifstelle 1 zu entnehmen.

## **7 Durchführung des Alten- und Pflegegesetzes NRW**

Prüfung der Fördervoraussetzungen für Teil- und vollstationäre Pflegeeinrichtungen

- 7.1 Gebühr für die Entscheidung über einen beantragten Bescheid (Abstimmungsbescheid) mit Bindungswirkung für das spätere Feststellungs- beziehungsweise Festsetzungsverfahren nach § 10 Abs. 3 der Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen und nach § 92 SGB XI (APG DVO NRW).

<b>Tarif- stelle</b>	<b>Gegenstand</b>	<b>Gebühr EUR</b>
7.1.1	Erteilung einer Abstimmungsbescheinigung einer Tagespflegeeinrichtung	1.100,00
7.1.2	Erteilung einer Abstimmungsbescheinigung einer neuen stationären Pflegeeinrichtung/Kurzzeitpflegeeinrichtung	2.500,00
7.1.3	Erteilung einer Abstimmungsbescheinigung für einen Umbau oder für kleinere Baumaßnahmen in einer bestehenden Pflegeeinrichtung	1.500,00 bis 2.000,00
7.1.4	Erteilung einer Abstimmungsbescheinigung für einen neuen Betreiber, ohne Planänderung bzw. bei nur geringfügigen Planänderungen	500,00
7.2	Auslagenersatz für baufachliche Stellungnahmen und Baukontrollen durch beauftragte Dritte im Verfahren nach dem Pflegerecht NRW	in Höhe der konkret angefallenen Kosten

## **8 (derzeit nicht belegt)**

## **9 Sicherheit und Ordnung**

### 9.1 Prüfung und Freigabe von Feuerwehrplänen nach DIN 14095

Für die Leistungen wird die Gebühr nach Zeitaufwand bemessen. Die Gebühr entsteht erst ab der ersten Wiederholungsprüfung. Die jeweiligen Stundensätze sind der Tarifstelle 1 zu entnehmen.

## **10 Vermessung, Bodenordnung**

### 10.1 Vermessungsleistungen

Für Vermessungsleistungen einschließlich deren Bearbeitung und Auswertung, die nicht zu den Pflichtaufgaben des Fachbereichs Geoinformation und Liegenschaftskataster gemäß § 23 des Vermessungs- und Katastergesetzes Nordrhein-Westfalen (VermKatG NRW) gehören, ist die in § 2 Abs. 7 der Kostenordnung für das amtliche Vermessungswesen und die amtliche Grundstückswertermittlung in Nordrhein-Westfalen (Vermessungs- und Wertermittlungskostenordnung – VermWertKostO NRW) festgesetzte Zeitgebühr zu erheben.

### 10.2 Durchführung der Umlegung nach dem BauGB

10.2.1 Übernimmt der Kreis Borken auf Antrag einer kreisangehörigen Stadt oder Gemeinde gemäß § 9 Abs. 2 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches die Geschäftsführung in Umlegungsausschüssen, sind die dem Kreis daraus entstehenden Kosten nach den Tarifstellen 1 bis 5 zu erstatten.

10.2.2 Technische Arbeiten in Umlegungsverfahren (Berechnungen, Erstellung von Entwürfen und Karten etc.) sind nach Zeitgebühr abzurechnen. Die jeweiligen Stundensätze sind der Tarifstelle 1 zu entnehmen.

10.2.3 Notwendige Neuvermessungen des bereits im Liegenschaftskataster erfassten Gebäudebestandes werden je Gebäude mit einer Gebühr nach Tarifstelle 1.4.1 Buchstabe b) des Kostentarifes der VermWertKostO NRW (VermWertKostT) bemessen.

<b>Tarif- stelle</b>	<b>Gegenstand</b>	<b>Gebühr EUR</b>
10.2.4	Für Vermessungsarbeiten zur Neuaufteilung, einschließlich der Vorbereitung und Übertragung in die Örtlichkeit, Abmarkung und Aufmessung der neuen Grenzen, Besitzeinweisung sowie der Fertigung der Vermessungsschriften wird je Zuteilungsflurstück die Gebühr nach Tarifstelle 1.3.2 Buchstabe b) VermWertKostT ohne Anwendung des Wertfaktors gemäß §2 Abs. 9 VermWertKostO NRW erhoben.	
10.2.5	Die Gebühr für die Zurückstellung von Abmarkungen im Zuge der Vermessungsarbeiten zur Neuaufteilung bemisst sich nach Tarifstelle 1.3.4.1 VermWertKostT ohne Anwendung des Wertfaktors gemäß §2 Abs. 9 VermWertKostO NRW.	
<b>11 Wohnungswesen</b>		
11.1	<u>Wohnungsbauförderung</u>	
11.1.1	Bewilligung von Fördermitteln zur Neuschaffung von Mietwohnraum in den Formen des § 8 Abs. 3 Nr. 2 bis 6 des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) und Heimplätzen sowie Nachrüstung bestehender Wohnheime einschließlich Baukontrolle und Kostennachweisen und Erteilung einer Förderzusage nach der Richtlinie zur Förderung der Modernisierung von Wohnraum in Nordrhein-Westfalen (RL Mod, SMBl.NRW. 2375) in der jeweils geltenden Fassung.	1,0 % der bewilligten Darlehenssumme
11.1.2	Bewilligung von Fördermitteln zur Neuschaffung und zum Ersterwerb selbst genutzten Wohneigentums sowie zum Erwerb bestehenden Wohneigentums zur Selbstnutzung	875,00
11.1.3	Sonstige Amtshandlungen in Bezug auf den Bewilligungsbescheid, z.B. Nachbewilligungen, Fristverlängerungen, Änderungen der Abteilungen II und III im Grundbuch, werden nach Zeitaufwand abgerechnet. Die Stundensätze sind der Tarifstelle 1 zu entnehmen.	
11.2	<u>Wohnungsbindung</u>	
11.2.1	Übernahme Schuldhaft - mit Einkommensprüfung - ohne Einkommensprüfung	35,00 15,00
11.2.2	Zweckentfremdung (ohne Abstandssumme)	200,00
11.2.3	Die Gebühr für einen Aufteilungsplan wird nach Zeitaufwand berechnet. Die Stundensätze sind der Tarifstelle 1 zu entnehmen.	
11.2.4	Löschungsbewilligung	halber Stundensatz nach Ziffer 1.2
<b>12 Sondernutzungen an Kreisstraßen außerhalb von Ortsdurchfahrten</b>		
	Für Zufahrten außerhalb von Ortsdurchfahrten werden folgende Gebühren erhoben:	
12.1	bei land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen	gebührenfrei

<b>Tarif- stelle</b>	<b>Gegenstand</b>	<b>Gebühr EUR</b>
12.2	bei bebauten oder in der Bebauung befindlichen, für Wohnzwecke bestimmten Grundstücken	gebührenfrei
12.3	bei gewerblich genutzten Grundstücken (z.B. Tankstellen, Industriewerke, Lagerplätze, Kiesgruben, Lehmgruben, Steinbrüche, Gaststätten, Gärtnereien je nach Art und Intensität der Nutzung) einmalig	
	- bei geringfügigen Nutzungen	500,00
	- bei durchschnittlichen Nutzungen	750,00
	- bei erheblichen Nutzungen	2.000,00
12.4	bei sonstigen Nutzungsarten einmalig	500,00

### **Bekanntmachungsanordnung**

Vorstehende allgemeine Gebührensatzung des Kreises Borken vom 19.12.2025 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
- c) der Landrat hat den Beschluss vorher beanstandet  
oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Kreis vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Borken, 19.12.2025

gez.  
Dr. Kai Zwicker  
Landrat

### **Benachrichtigung über eine öffentliche Zustellung**

Herr Szabolas Karoly, geb. 07.12.1986, lebend in Ungarn ist ein Schreiben vom 15.12.2025, Aktenzeichen 51.90.UV.33247, zuzustellen.

Herr Karoly lebt in Ungarn, eine genaue Anschrift ist hier nicht bekannt. Das Schreiben kann daher nicht postalisch zugestellt werden. Deshalb wird das Schreiben öffentlich zugestellt.

Das Schreiben kann auf meiner Dienststelle in Borken, Burloer Str. 93, Zimmer 2231, Etage 2A, eingesehen und von dem Betroffenen in Empfang genommen werden. Er gilt als zuge-stellt, wenn seit dem Tag dieser Veröffentlichung zwei Wochen vergangen sind.

#### **Rechtsgrundlage:**

§ 10 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW) vom 7. März 2006 (GV NRW S. 94) in der zurzeit geltenden Fassung. Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechts-verluste drohen. Sofern der Bescheid eine Ladung zu dem Termin enthält, kann dessen Versäumung Rechtsnachteile zur Folge haben.

46325 Borken, 19.12.2025

Kreis Borken  
Der Landrat  
Fachbereich Jugend und Familie

Im Auftrag  
gez.  
Bußkamp

**Kraftloserklärungen der Sparkasse Westmünsterland**

Die **SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND** erklärt die Sparurkunde mit der Nummer 418023610 hiermit für kraftlos.

Ahaus / Dülmen, den 11.12.2025

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND  
gez. Der Vorstand

---

Die **SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND** erklärt die Sparurkunde mit der Nummer 418201091 hiermit für kraftlos.

Ahaus / Dülmen, den 11.12.2025

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND  
gez. Der Vorstand

---

Die **SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND** erklärt die Sparurkunde mit der Nummer 335860136 hiermit für kraftlos.

Ahaus / Dülmen, den 15.12.2025

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND  
gez. Der Vorstand